

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig.

Bezugspreis: Wöchentlich 36 Pf. und 4 Pfennig für Botenlohn. Beim Bezug durch die Postanstalten für den Monat 1,20 M. auswärts 1,30 M. — Im Falle von Betriebsstörung, Streit oder Auspöcherung hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Rücklieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Städtische Co., Spandau — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno D. Jahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Schenck, für Anzeigen Bruno H. Sander, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amthliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Er erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuenborfer Straße 101. Fernruf: Alle Anschläge unter Sammel-Nummer 4071.



Regelmäßige Beilagen:

Wöchentlich: „Spand. Anzeiger“, „Spand. Roman-Zeitung“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der Kleinrentner“, „Reise u. Verkehr“, 14 tgl.: „Die bunte Fachseite“, „Film“.

Anzeigenpreis: Die zehnjähr. Kolonelle oder deren Raum 86 Pf., die dreijähr. 72 Pf., die einjährige 48 Pf., die dreimonatliche 12 Pf. — Klagen über die Bedienung sind dem Verleger zu richten. — Beilagengebühr 30 Pf. für das Kaufm., 20 Pf. für das gewerbliche. — Keine Gebühr für Erhalten von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen. — Einmaliger Preisnachlass erfolgt bei gerichtlicher Einziehung und Konkurs. — Geschäftsstand Spandau. — Bankkonten: D. D. Bank, Depositen-Kasse Spandau; Spandauer Bank, Spandau. — Postfach 1107. Konto: Berlin NW. 7, Nr. 1107.

Nummer 93.*

Freitag, 21. April 1933.

40. Jahrgang.

Der Druck der Vereinigten Staaten.

Die Nachrichten über die währungspolitischen Absichten der amerikanischen Regierung sind voller Widersprüche. Die Schwankungen, die der Dollar auf den internationalen Märkten durchmacht, sind der Ausdruck für die Unsicherheit, die in den beteiligten Kreisen über die eigentlichen Absichten der amerikanischen Währungspolitik bestehen. Zunächst ist angekündigt, daß der Dollar grundsätzlich nicht mehr durch die Goldsendungen aus Amerika nach den europäischen Plätzen gestützt wird. Das ist eine entschiedene Sprache gegenüber England und anderen Ländern, gewissermaßen die Aufforderung, sich mit Amerika über die Frage des Goldstandards zu verständigen. Amerika behauptet, durch die Abwertung des englischen Pfundes in seiner Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt geschädigt zu sein. Dadurch, daß es den Dollarkurs auf den europäischen Börsen sich selbst überläßt, tut es den ersten Schritt, damit aber verbindet es die Andeutung, noch einen großen Schritt weiter gehen zu können und den Goldstandard überhaupt fallen zu lassen. Das mag die amerikanische Taktik sein, ohne daß aber damit volle Klarheit geschaffen wäre. Auf der anderen Seite hört man, daß auch in Zukunft die Goldverschiffungen zugelassen bleiben, wenigstens soweit es sich darum handelt, einen amerikanischen Zahlungsausgleich im internationalen Handelsverkehr auszugleichen. Weiter hört man, Amerika wolle die Goldwährung überhaupt aufgeben. Es werde mit den anderen Großmächten über einen zweimetalligen Währungsvertrag verhandelt, man erwäge auch eine Abwertung (Devaluation) des Dollars u. a. m. Alle diese Ankündigungen sind mit großer Vorsicht zu betrachten. Zunächst haben sie einmal erreicht, daß die amerikanischen Börsen eine gewisse Aufwärtsbewegung der Kurse zeigen, weil man dort insofern eines sinkenden Geldwertes mit einer Erhöhung der Preise zu rechnen glaubte. Eine Inflation großen Umfanges wird in Amerika bestimmt nicht eintreten, dafür sind die Rücklagen dieses Landes viel zu groß. Der neue Präsident Roosevelt hat sich auch gegen eine „kontrollierte Inflation“ ausgesprochen. Hier denkt man anscheinend an den Vorschlag der Abwertung, d. h. einen Vorgang, der den Geldwert um einen bestimmten Bestandteil, seien es 10 oder 20 v. H., herabsetzen könnte. Auch das also soll nicht in Frage kommen.

Die Zweimetalligkeit (Bimetallismus), die wieder einmal aufkommt, ist ein alter Gedanke der nordamerikanischen Währungspolitik. Er will sowohl Goldmünzen wie Silbermünzen ohne Einschränkung zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklären. Auch in Deutschland hat es in den ersten Jahrzehnten nach der Reichsgründung Vertreter dieser Doppelwährung gegeben. Einer der letzten Vorkämpfer war der langjährige Reichstagsabgeordnete Trendelenburg. Schon damals ist ins Feld geführt worden, daß das Silber in seinem stets schwankenden Werte sich nicht als Währungsmittel eignen könne. Dieser Einwand ist auch jetzt noch nicht widerlegt worden, im Gegenteil, der gewaltige Preissturz des Silbers, der in den letzten Jahren zu verzeichnen war, hat ihn nur verstärkt. Deshalb ist man in den Ländern außerhalb Amerikas nicht geneigt, die Andeutungen über Doppelwährungspläne der Vereinigten Staaten besonders hoch einzuschätzen.

Auf alle Fälle kann gesagt werden, daß die europäische Krise, die nun seit Jahren die Quelle schwerer Sorgen ist, immer stärker auf Amerika übergreift und dort zu den verschiedensten Versuchen die Anregung gibt. Vielleicht war die Reise Herriots und MacDonalds nach Washington für die neue Regierung der Vereinigten Staaten der Anlaß, diese Frage aufzuwerfen und den europäischen Mächten zu zeigen, daß die Vereinigten Staaten auch ihre eigenen Wege gehen können, wenn die Staaten der alten Welt zu keiner vernünftigen Regelung bereit seien. Sollte Amerika tatsächlich den Goldstandard aufgeben, so müßte das einen sehr starken Eindruck machen. Diese Drohung wird ihren Eindruck nicht verfehlen. So ungewiß es also noch ist, welche Wege die amerikanische Währungspolitik beschreitet und so unübersichtlich auch die Folgen, insbesondere für die deutsche Wirtschaft, sein werden, so bedeutungsvoll ist doch der Druck, den die amerikanische Großmacht und Geldmacht in der Richtung einer wirtschaftlichen Neuordnung der Welt ausüben wird.

Bestürzung bei den Franzosen.

Paris, 21. April. Die Nachricht von der Aufgabe des Goldstandards durch die Vereinigten Staaten wurde an Bord des Dampfers „Le des France“, mit dem Herriot und die französische Delegation nach Washington reisen, wie der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ berichtet, mit größter Bestürzung aufgenommen. Die französische Abordnung habe geäußert, daß die Washingtoner Besprechungen nunmehr von einer ganz anderen Seite aus in Angriff genommen werden müßten. Sämtliche Schlussfolgerungen Herriots und der französischen Sachverständigen hinsichtlich der Goldfrage seien nunmehr gegenstandslos geworden. Die französische Abordnung werde sich unter diesen Umständen auf eine reine Beobachterrolle beschränken.

Hitler wieder in Berlin.

Berlin, 21. April. Reichskanzler Hitler traf heute aus München wieder in Berlin ein. Die am dritten Ostertag plötzlich abgehaltene Kabinettsitzung soll nun am Sonnabend stattfinden. Reichspräsident v. Hindenburg hat gestern den Vortrag des Vizekanzlers von Papen über den Verlauf und die Ergebnisse der Besprechungen in Rom entgegengenommen. Weiter wurde vom Reichspräsidenten der Reichsernährungs- und Wirtschaftsminister Dr. Hugenberg zum Vortrag empfangen, wobei wohl die vom Ernährungsministerium vorbereiteten Gesekentwürfe über die Entschädigung der Landwirtschaft im Vordergrund gestanden haben dürften. Auch Propagandaminister Dr. Goebbels hat dem Reichspräsidenten Vortrag gehalten. Die Kabinettsitzung am Sonnabend soll, wenn sie nicht auf die nächste Woche verschoben wird, in den frühen Vormittagsstunden stattfinden, da der Reichskanzler bereits Sonnabendmittag Berlin wieder verlassen wird, um sich zu der Münchener Tagung der nationalsozialistischen Gauleiter zu begeben. Den sachlichen Beratungen des Kabinetts soll eine Aussprache über den Gesamtbereich der politischen Fragen vorangehen, die sich vor allen Dingen auf die schwebenden innerpolitischen Fragen, darunter die Regelung der Staatshalterfragen, und auf die außenpolitischen Verhandlungen erstrecken soll, die der Vizekanzler von Papen und Reichsminister Göring in Rom geführt haben. Heute nachmittag soll in der Reichskanzlei eine Chefbesprechung über Fragen der Arbeitslosenhilfe stattfinden.

Für die Kabinettsitzung wird wahrscheinlich die Tagesordnung die Punkte umfassen, die bereits für die ursprünglich für Mittwoch geplante Sitzung vorgesehen waren. Es handelt sich dabei vor allem um das Gesetz gegen die Ueberfremdung der deutschen Schulen und Hochschulen und die reichsgesetzliche Regelung der Studentenvereinigungen nach dem Vorbild der bereits in Preußen durchgeführten Reformen, ferner um einige kleinere Vorlagen, wie die Neubildung der Steueraussschüsse und gewisse Maßnahmen zum Schutze des Hausenbaues. Außerdem dürfte sich das Kabinett aber auch noch mit Fragen beschäftigen, die mit der noch ausstehenden Ernennung der Reichskatholiken in den deutschen Ländern, mit Ausnahme von Preußen und Bayern, zusammenhängen, wie z. B. der Frage, welche Ländergruppen einen gemeinsamen Staatshalter erhalten sollen. Schließlich wird sich das Kabinett auch mit dem vom Reichsernährungsminister Dr. Hugenberg inzwischen ausgearbeiteten Entwurf der landwirtschaftlichen Um- und Entschädigung befassen.

Das vom Reichsinnenministerium ausgearbeitete Gesetz gegen die Ueberfremdung wird, wie verlautet, lediglich eine

gewisse Quote nichtarischer Schüler zu den mittleren und höheren Schulen zulassen. Dabei wird diese Quote nicht festgesetzt werden nach dem ziffermäßigen Verhältnis der deutschen Staatsbürger jüdischer Religion, sondern maßgebend wird statt der Religion die Abstammung sein. Die Zahl der deutschen Staatsbürger jüdischer Religion beträgt etwa 1 v. H. des deutschen Volkes. Wenn man von der Abstammung ausgeht, würde dieser Prozentsatz höher liegen. In den Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz werden dann Einzelfragen geregelt werden, wie die Behandlung von jüdischen Schülern, die sich bereits in der Schule befinden, wobei wohl in Betracht kommen dürfte, daß die jetzigen jüdischen Schüler mittlerer und höherer Schulen auf die Quote Anrechnung finden. Wahrscheinlich würde bei einer solchen Anrechnung die Quote erschöpft sein, so daß die Durchführungsbestimmungen auch die Frage der Neuzulassungen ganz besonders regeln müssen.

Biel beachtet wird in politischen Kreisen die Erklärung Dr. Hugenbergs über den Fortbestand der gegenwärtigen Regierungspolitik und gegen willkürliche Eingriffe (siehe die dritte Seite des Hauptblattes). Minister Hugenberg weist die Gerüchte zurück, wonach der Bestand der Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammenetzung gefährdet sei. Der Minister beruft sich darauf, daß Reichskanzler Hitler diese Regierung gebildet und der Reichspräsident sie jetzt bestätigt habe. Er verweist auch auf die Erklärung des Reichskanzlers über die Zusammenetzung und den Bestand der jetzigen Reichsregierung in ihrer augenblicklichen Gestalt und auf den Umstand, daß das Ermächtigungsgesetz das Weiterbestehen der gegenwärtigen Reichsregierung zur Voraussetzung habe. Der Minister wendet sich auch gegen die eigenmächtigen Umbildungen innerhalb wirtschaftlicher Verbände sowie öffentlich-rechtlicher Körperschaften in zusammenhanglosen Unternehmen und hält es für notwendig, vor allem grundsätzlich darauf hinzuweisen, daß gewalttätige unorganische Eingriffe wohl den augenblicklichen Zustand, nicht aber den Rechtszustand ändern können. Zum Schluß erklärt Minister Dr. Hugenberg, daß die gemeinsame Tätigkeit der nationalen Führer in der Regierung den Beamten und Lehrern das Recht verbürgen, sich für ihre deutschnationalen Weltanschauung einzusetzen und sich in deutschnationalen Zellen zusammenzuschließen.

Konferenz der Unterrichtsminister verschoben.

Braunschweig, 21. April. Die für Sonnabend vorgesehene Konferenz der Unterrichtsminister der deutschen Länder ist vertagt worden, da der preußische Kultusminister Ruff wegen der am Sonnabend in München stattfindenden Führerbesprechung verhindert ist.

Französische Betrachtungen zu Hitlers Geburtstag.

Paris, 21. April. Die gesamte Presse veröffentlicht längere Schilderungen über die gestrigen Feiern anlässlich des Geburtstages des Reichskanzlers. Der Berliner Berichterstatter des „Petit Journal“ beschäftigt sich mit diesem Anlaß mit der Politik und der Person Hitlers. Er zieht einen Vergleich zwischen den Jeanne d'Arc-Feiern und der gestrigen nationalen deutschen Feiern und glaubt, feststellen zu können, daß beiden ein wesentliches mystisches Element zugrunde liege. Was die Persönlichkeit des Kanzlers anlangt, so sei kennzeichnend an ihm das Gefühl, Bestand zu haben, und der in die Zukunft gerichtete Blick. Man habe allen Anlaß, an seiner Aufrichtigkeit zu glauben, wenn er zum Plan Mussolinis erkläre, daß Deutschland, um sich selbst wiederzujubeln und seine inneren Wunden zu verbinden, zehn Jahre Frieden brauche. Das bedeutet keineswegs, daß er auf den großdeutschen Gedanken verzichtet habe oder auf den überhöhten Drang nach Osten. Deutschland habe jedenfalls Zeit zu warten. Auch was die innere Politik anlangt, habe Hitler bewiesen, daß er ein feines Gefühl für die Dauer und für mögliche Entwicklung habe. „L'Ordre“ kennzeichnet die gestrigen Feiern als denen gleichkommend, mit denen der Geburtstag Bismarcks begangen worden sei.

Zwei Tote bei einem Eifersuchtsdrama.

Heldringen (Nordthür.), 21. April. Der in einer Drogerie beschäftigte Reisende Traumann lödete aus Eifersucht seine 25jährige Ehefrau durch mehrere Revolvergeschosse. Dann erschloß er den von ihm selbst herbeigerufenen Arzt Dr. Kühmann, der angeblich Beziehungen zu seiner Frau unterhalten hat. Der Täter flüchtete, wurde aber auf dem Bahnhof in Erfurt festgenommen.

Familiendrama in Weimar.

Weimar, 21. April. Der ehemalige Leiter des Landesverbandes der Krankenkassen, Keeser, der seines Amtes enthoben worden war, hat sich, seine Frau und sein 4-jähriges Söhnchen mit einem Schlafmittel vergiftet. Keeser wurde tot aufgefunden. Frau und Kind gaben noch Lebenszeichen von sich. Sie wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Ein englisches Interview mit Prinz Wilhelm.

London, 21. April. „Daily Express“ veröffentlicht eine telefonische Unterredung mit Fräulein von Salviati und ihrem Verlobten, Prinz Wilhelm von Preußen, aus dem Heim der Brautleute in Bonn. Beide hätten gesagt: Wir gehören zusammen. Fräulein von Salviati habe mit Bezug auf Hitlers Manifest geäußert: Wir denken jetzt an nichts anderes als für die Ideale des neuen jungen Deutschland zu arbeiten. Das ganze Volk geht gemeinsam vorwärts. Wir in Deutschland kümmern uns heute nicht um die Frage der Rückkehr der Monarchie. Wir schreiten vorwärts, geradeaus! Prinz Wilhelm von Preußen erklärte, er habe seinem in Rom weilenden Vater seine Absicht mitgeteilt, habe jedoch keine Antwort erhalten. Es sei natürlich möglich, daß sich der Kaiser als Chef des Hauses Hohenzollern weigern werde, seine Zustimmung zu geben, „aber mit seiner Zustimmung oder nicht: wir werden heiraten, und zwar wahrscheinlich in einigen Wochen“. Prinz Wilhelm von Preußen habe hinzugefügt, er werde auf seinem Landhof in Schlesien leben.

Ausschluß marxistischer Vereine aus der Jugendpflege.

Berlin, 21. April. Der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Ruff, hat angeordnet, daß alle Jugendpflege und Leibesübungen treibenden marxistischen Vereine und Organisationen mit sofortiger Wirkung aus den Orts-, Kreis- und Bezirksausschüssen für Jugendpflege auszuschließen sind. Auch sind diesen Vereinen pp. jegliche Vergünstigungen (z. B. auch Fahrpreisermäßigung) zu versagen. Bestimmungen über das künftige Verfahren bei der Gewährung der Fahrpreisermäßigung folgen demnächst. Ferner muß die Bestellung marxistischer Bezirks- und Kreisjugendpfleger (-innen) unverzüglich aufgehoben werden. Soweit dies noch nicht geschehen ist, ist mit tunklicher Bescheinigung dafür zu sorgen, daß solche Bezirks- und Kreisjugendpfleger (-innen) durch geeignete Persönlichkeiten ersetzt werden.